

Entwurf

Reglement zur Videoüberwachung der Gemeinde Dorf

vom 2. Dezember 2014

In Kraft seit 1. Januar 2015

Reglement zur Videoüberwachung: Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Allgemeine Bestimmungen	3
Art. 1 Gesetzliche Grundlagen	3
Art. 2 Verantwortlichkeit und Zweck	3
Art. 3 Verhältnismässigkeit	3
Art. 4 Überwachungszeit, Hinweistafel, Bekanntgabe	3
Art. 5 Zuständige Person oder Stelle	4
II. Besondere Bestimmungen	4
Art. 6 Auswertung	4
Art. 7 Speicherdauer und Vernichtung der Daten	4
Art. 8 Informationspflicht an Betroffene	4
Art. 9 Weitergabe von Videoaufzeichnungen	5
Art. 10 Datenschutz	5
Art. 11 Inkrafttreten	5

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gesetzliche Grundlagen

Gestützt auf Art. 11 der Polizeiverordnung der Gemeinde Dorf ZH vom 13. Juni 2014 erlässt der Gemeinderat Dorf ZH ein Reglement für die Videoüberwachung auf öffentlichem Grund und auf öffentlichen Anlagen.

Art. 2 Verantwortlichkeit und Zweck

Der Gemeinderat entscheidet über die Anbringung von Videoanlagen an öffentlichen und allgemein zugänglichen Orten.

Die Videoüberwachung bezweckt hauptsächlich die Verhinderung und Ahndung von strafbaren Handlungen. Insbesondere der Wahrung des Hausrechts, der Verhinderung von Verunreinigungen, von Sachbeschädigungen, von Einbrüchen, von Straftaten gegen Leib und Leben sowie von Widerhandlungen gegen die Abfallentsorgungsvorschriften.

Bei Verbrechen erfolgt die Auswertung in Koordination mit den zuständigen Polizeiorganen.

Art. 3 Verhältnismässigkeit

Die Erhebung, Bearbeitung oder Weitergabe von nach Art. 2 erhobenen Daten ist nur zulässig, wenn sie zum Erreichen des verfolgten Zwecks erforderlich ist und keine Anhaltspunkte bestehen, dass schutzwürdige Interessen der Betroffenen überwiegen.

Die Einstellung und der Überwachungsperimeter sind so festzulegen, dass lediglich der Schutzzweck erreicht werden kann. Die Verletzung der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen muss zugleich so gering wie möglich ausfallen. Insbesondere ist eine allgemeine Überwachung des öffentlichen Raums unzulässig.

Art. 4 Überwachungszeit, Hinweistafel, Bekanntgabe

Die Überwachung erfolgt ganztags an Werktagen wie auch an Wochenenden.

Die Videoüberwachung, ihr Zweck, die verantwortliche Stelle und die Rechtsgrundlage sind durch geeignete Massnahmen am Ort, beispielsweise durch deutlich sichtbare Hinweistafeln, erkennbar zu machen.

Die Gemeinde führt eine Liste der Videoüberwachungsinstallationen und stellt sicher, dass diese Liste der Öffentlichkeit frei zugänglich ist.

Art. 5 Zuständige Person oder Stelle

Der Gemeinderat bestimmt konkret die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung, die im Rahmen dieses Reglements und ihrer Befugnisse Zugang zur Überwachungsanlage und Zugriff auf die Daten haben.

Zugang zu den Videoanlagen hat ferner das technische Wartungspersonal ausschliesslich zum Zweck des Unterhalts der technischen Einrichtungen.

II. Besondere Bestimmungen

Art. 6 Auswertung

Wird eine Widerhandlung im Sinne von Art. 2 festgestellt, so sind die Aufzeichnungen der Videokameras (innert 7 Tagen) anonym auszuwerten.

Enthalten die Aufzeichnungen relevante Informationen für die Erreichung des Zwecks gemäss Art. 2, kann eine personenbezogene Auswertung vorgenommen werden.

Art. 7 Speicherdauer und Vernichtung der Daten

Führt die anonyme Auswertung gemäss Art. 6 Abs. 1 zu keinen relevanten Informationen zur Erreichung des Zwecks gemäss Art. 2, sind die Aufzeichnungen sofort zu löschen oder zu überschreiben.

Kann eine Widerhandlung im Sinne von Art. 2 nicht eindeutig festgestellt werden, sind die Aufnahmen spätestens 4 Tage nach der Auswertung zu löschen oder zu überschreiben.

Bei Feststellung einer Widerhandlung im Sinne von Art. 2 oder bei einer Weitergabe gemäss Art. 9, sind die Aufzeichnungen aufzubewahren, bis sie nicht mehr zu Aufklärungs- und Beweis Zwecken benötigt werden. Sie sind verschlossen und nur für die zuständigen Personen gemäss Art. 5 und den Gemeinderat zugänglich aufzubewahren.

Es dürfen keine Kopien der erstellten Aufzeichnungen angelegt werden.

Art. 8 Informationspflicht an Betroffene

Werden durch Videoüberwachung erhobene Daten einer bestimmten Person zugeordnet, ist diese über die Datenbearbeitung zu informieren, wenn der in Art. 2 definierte Zweck dies erlaubt.

Art. 9 Weitergabe von Videoaufzeichnungen

Videoaufzeichnungen dürfen nur im Rahmen einer Anzeigestellung den zuständigen Behörden weitergegeben werden.

1. den strafverfolgenden Behörden des Bundes und der Kantone in der Regel auf deren Verfügung hin;
2. den Behörden, bei denen die Gemeinde Anzeige erstattet oder Rechtsansprüche verfolgt, soweit dies für ein straf-, verwaltungs- oder zivilrechtliches Verfahren erforderlich ist.

Art. 10 Datenschutz

Die zuständigen Personen und Stellen sind verpflichtet, die Personendaten durch technische und organisatorische Massnahmen zu schützen.

Im Übrigen bleiben die Datenschutzbestimmungen des übergeordneten Rechts vorbehalten.

Art. 11 Inkrafttreten

Dieses Reglement tritt nach der Genehmigung durch den Gemeinderat auf den 1. Januar 2015 in Kraft.

Gemeinderat Dorf ZH

Werner Winkler

Ursula Müller

Gemeindepräsident

Gemeindeschreiberin